



Bayerische Landeszentrale  
für politische Bildungsarbeit

# EINSICHTEN + PERSPEKTIVEN

Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte



2  
—  
21

# BRAUCHT DIE NATO EINE CHINA-STRATEGIE? UND WENN JA, WELCHE?

von Markus Kaim



NATO-Gipfel in Brüssel, 14. Juni 2021

Foto: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Fotograf: Yves Herman

Die Staats- und Regierungschefs der NATO haben China erst vergleichsweise spät Aufmerksamkeit geschenkt. Lange Zeit dominierte eine Perspektive, derzufolge die Allianz und Peking zwar eine Reihe von gemeinsamen Interessen in der internationalen Politik verfolgten, z. B. im Bereich des Krisenmanagements, der Pirateriebekämpfung oder der Einhegung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Aber der Umfang der Zusammenarbeit und die Zahl hochrangiger diplomatischer Kontakte blieben auf Grund der Tatsache letztlich begrenzt, dass sich die NATO als euro-atlantische Sicherheitsorganisation begreift, die von den Entwicklungen im indopazifischen Raum nur am Rande betroffen sei.<sup>1</sup>

Erst der weltpolitische Aufstieg Chinas in den letzten Jahren hat eine andere Wahrnehmung des Landes ausgelöst und dafür gesorgt, dass Pekings Außenpolitik auf die Agenda der NATO gesetzt wurde. So widmete sich die Allianz in der Londoner Erklärung von 2019 zum ersten Mal China und erklärte: „Wir erkennen an, dass Chinas wachsender Einfluss und die internationale Politik sowohl Chancen als auch Herausforderungen bieten, die wir als Allianz gemeinsam angehen müssen.“<sup>2</sup> Der jüngste Jahresbericht des NATO-Generalsekretärs vom März 2021 bekräftigte diese ambivalente Position: „Der Aufstieg Chinas stellt für die NATO sowohl Herausforderungen als auch Chancen dar. Die NATO ist bestrebt, eine konstruktive Beziehung zu China aufrechtzuerhalten, die auf gegenseitigem Respekt und gemeinsamen Interessen beruht. Auf dieser Grundlage hat die NATO auch im Jahr 2020 den Dialog mit China fortgesetzt, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern, Missverständnisse auszuräumen und einen Raum zu schaffen, in dem Meinungsverschiedenheiten angesprochen werden können.“<sup>3</sup> Gleichzeitig stellte er fest, dass nicht die NATO näher an China, sondern China durch seine Aktivitäten in der Arktis und in Afrika, durch Investitionen in kritische Infrastruktur in Europa als auch im Cyber- und Informationsraum näher an die NATO herangerückt sei.

1 Vgl. für diese Phase Tania M. Chacho: *Potential Partners in the Pacific? Mutual Interests and the Sino-NATO Relationship*, in: *The Journal of Contemporary China* 23 (2014), H. 87, S. 387–407.

2 *London Declaration. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in London, 3–4 December 2019* (Übersetzung des Autors).

3 *The Secretary General's Annual Report 2020*, Brüssel 2021, S. 89 (Übersetzung des Autors).



Abbildung: picture alliance/dieKLEINERT/Martin ERL

Das im November 2020 veröffentlichte Reflexionsdokument der NATO, „*NATO 2030: United for a New Era*“, war hingegen etwas weniger zweideutig in Bezug auf die Anerkennung systemischer Rivalität und stellte fest, dass die NATO „offen für einen konstruktiven Dialog mit China sein muss, wenn er ihren Interessen dient“, sich jedoch zugleich darauf vorbereiten müsse, „eine Position der Sicherheit und Stärke schaffen, um zu den Beziehungen der Alliierten zu China beizutragen und sich gegen alle Versuche Pekings zu schützen, gegen sie Zwang auszuüben“.<sup>4</sup>

4 „*NATO 2030: United for a New Era.*“ *Analysis and Recommendations of the Reflection Group Appointed by the NATO Secretary General*, Brüssel 2020, S. 27 (Übersetzung des Autors).

Der Brüsseler Gipfel der NATO am 14. Juni 2021 ist vor diesem Hintergrund aus zwei Gründen besonders bemerkenswert gewesen. Dass zum ersten Mal Präsident Biden an dem Treffen teilnahm, markierte, dass die Vereinigten Staaten nach der spalterischen, Bündniskritischen Rhetorik der Trump-Jahre wieder eine aktivere, verbindlichere Rolle bei der Gestaltung und Nutzung des Bündnisses – auch für ihre China-Politik – spielen wollen. Zweitens bezeichnete das Gipfelkommuniqué China in bemerkenswerter Offenheit als destabilisierende Kraft und systemische Herausforderung, deren Handeln die regelbasierte internationale Ordnung bedrohe.<sup>5</sup> Obwohl die Erklärung vermied, China als direkte Bedrohung für das Bündnis zu beschreiben, signalisierte es damit doch einen zunehmenden Konsens unter den NATO-Mitgliedern, dass die verschiedenen Herausforderungen, die von China ausgehen, auch Fragen seien, mit denen sich die NATO zu beschäftigen habe. Das neue strategische Konzept, das im kommenden Jahr vorgelegt werden soll, steht nun vor der Aufgabe, diesen Konsens in kohärente und angemessene Schritte umzusetzen.

### China und die NATO

Die Tagung der NATO-Staats- und Regierungschefs hat dem Bündnis die Gelegenheit geboten, auf die wachsende geopolitische Herausforderung aus China zu reagieren. Ob und wie die NATO diese Herausforderung angehen sollte, ist innerhalb der Allianz jedoch ein umstrittenes Thema. Unterschiedliche Gruppen innerhalb der Allianz bewerten diese Herausforderung graduell wie prinzipiell unterschiedlich. Es sind vor allem die USA, die die NATO für die Austragung ihres systemischen Konfliktes mit China nutzbar machen möchten. Andere Allianzmitglieder priorisieren die Bedrohung durch die revisionistische russische Außenpolitik, während wieder andere die Bedrohung durch terroristische Gruppierungen und Cyberangriffe in den Mittelpunkt der NATO-Planungen zu stellen suchen.<sup>6</sup> Dementsprechend unterschiedlich sind die Perspektiven auf China, und die sicherheitspolitische Sicht auf das Land ist nur eine von vielen. Politisch nachvollziehbar ist, dass die NATO-Mitglieder versuchen, die genannten

Sicherheitsbedenken mit ihren jeweiligen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu China in Einklang zu bringen.

Dementsprechend vieltönig klangen die Staats- und Regierungschefs in Brüssel: Im Kontext des Gipfels vertrat die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel eine weichere Linie gegenüber China und erklärte, dass „vor allem Russland die größte Herausforderung“ für die NATO sei und dass „China in vielen Fragen ein Rivale und gleichzeitig in vielen Fragen ein Partner“ sei.<sup>7</sup> Der französische Präsident Emmanuel Macron stellte derweil die Frage, ob die NATO überhaupt das richtige Format sei, um die Art von Herausforderungen zu bewältigen, die von China ausgingen. Er erklärte, dass „die NATO eine nordatlantische Organisation ist, China hat nichts mit dem Nordatlantik zu tun“, und dass „wir unsere Beziehung zu China nicht einseitig betrachten sollten – sie ist viel größer als nur das Militär“.<sup>8</sup>

Die NATO hat angesichts dieser unterschiedlichen Positionen bislang weder ihre politischen Zuständigkeiten in Bezug auf China festlegen können, noch hat sie eine klar definierte Politik zur Bewältigung dieser sicherheitspolitischen Herausforderung. Die Tatsache, dass China in dem Kommuniqué erwähnt wurde, signalisiert einen vorsichtigen, aber bislang lediglich rhetorischen Konsens unter den NATO-Mitgliedern über die Art der Herausforderungen, die China für das Bündnis darstellt. Der nächste Schritt ist jedoch viel schwieriger, nämlich die Entscheidung darüber, wie man die von China ausgehenden Herausforderungen bewältigen kann.

Die Besorgnis der NATO über Chinas wachsende Fähigkeiten zur Machtprojektion und Einflussnahme ist dabei nicht neu. Das Kommuniqué des Gipfels der Staats- und Regierungschefs baut auf früheren Erklärungen von Generalsekretär Jens Stoltenberg sowie auf dem angesprochenen Bericht der NATO-Reflexionsgruppe 2030 aus dem Jahr 2020 auf. Sowohl die Abschlusserklärung als

5 *Brussels Summit Communiqué. Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Brussels, 14 June 2021.*

6 Zu diesen unterschiedlichen Lagern innerhalb der NATO vgl. die Beiträge in: Matthias Dembinski/Caroline Fehl (Hg.): *Three Visions for NATO. Mapping National Debates on the Future of the Atlantic Alliance*, Berlin 2021.

7 Pressestatement von Bundeskanzlerin Merkel zum NATO-Gipfel in Brüssel am 14. Juni 2021: <<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/pressestatement-von-bundeskanzlerin-merkel-zum-nato-gipfel-in-bruessel-am-14-juni-2021-1928838>> [Stand: 09.07.2021]. Zur Haltung der Bundesregierung vgl. auch „Notwendigkeit einer NATO-China-Strategie“. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcus Faber, Frank Müller-Rosentritt, Alexander Graf Lambsdorff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP (BT-Drucksache 19/26322), Berlin 2021.

8 Zit. nach David M. Herszenhorn/Rym Momtaz: *NATO leaders see rising threats from China, but not eye to eye with each other*: <https://www.politico.eu/article/nato-leaders-see-rising-threats-from-china-but-not-eye-to-eye-with-each-other/> [Stand: 09.07.2021].



Emmanuel Macron, Staatspräsident von Frankreich, und Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der gemeinsamen Pressekonferenz im Abschluss an die Sitzung bzw. Videokonferenz des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates im Bundeskanzleramt, Berlin, 5. Februar 2021  
Foto: ullstein bild/Boness/IPON

auch der Bericht listen die verschiedenen Herausforderungen auf, die China nach Ansicht der NATO-Mitglieder für das Bündnis darstellt. Diese reichen von den geopolitischen Herausforderungen durch Russland und China, Pekings Einsatz von wirtschaftlichem Zwang und aggressiver Diplomatie über den indopazifischen Raum hinaus, der Bedrohung der Fähigkeit der NATO, kollektive Verteidigung zu organisieren und kritische Infrastrukturen zu schützen, über Chinas militärische Modernisierung, die Ausweitung seines Nukleararsenals und seine technologische Entwicklung bis hin zu seinen Desinformationskampagnen. Auch Pekings Umgang mit den Menschenrechten und dem Völkerrecht stelle die grundlegenden Prämissen der regelbasierten internationalen Ordnung in Frage.<sup>9</sup>

.....  
9 Vgl. dazu ausführlich Stefanie Babst: NATO-Nachbar China, in: Internationale Politik 75 (2020), H.6, S. 44–50, und Meia Nouwens/Helena Legarda: *Chinas's Rise as a Global Security Actor: Implications for NATO*, London 2020.

### Dimensionen der chinesischen Herausforderung

Dass der Aufstieg Chinas andere Staaten und internationale Organisationen vor neue Herausforderungen stellt, da er regional wie global etablierte Machtverhältnisse in Frage stellt und weltanschauliche Alternativen zu westlichen Ordnungsvorstellungen stärkt, ist an sich nichts Neues. Interessant ist, wie jeder einzelne Akteur in der internationalen Politik sich je nach spezifischen Aufgabengebiet, innerer Verfasstheit und unterschiedlicher Betroffenheit darauf einstellt. Als Organisation, die sich aus Ländern aus Nordamerika und Europa zusammensetzt, gibt es mehrere Aspekte des Verhaltens Chinas, die die NATO und ihre Mitglieder betreffen könnten.

Da sind erstens Pekings Versuche, chinesische Technologieunternehmen in die digitale Infrastruktur westlicher Länder zu integrieren und darüber Einfluss auf diese zu nehmen. Dies ist besonders relevant für die anhaltende Debatte in Europa über die drahtlose Technologie der



Messestand von HUAWEI mit wenigen Besuchern auf der Internationalen Funkausstellung 2020. Es war die erste Messe unter Corona-Bedingungen, die zum Teil online stattfand. Es gab nur etwa 250 Aussteller in den Messehallen. Die Messe war nur für Fachpublikum unter strengen Hygieneauflagen zugänglich.  
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/snapshot-photography/Fotograf: F.Boillot

fünften Generation (5G). Ein zweites Thema sind Chinas zunehmende Investitionen in kritische Infrastrukturen Europas – insbesondere in Häfen. Bereits heute besitzen die Chinesen eine Mehrheitsbeteiligung an zwölf europäischen Häfen. Offen ist, ob NATO-Länder in der Lage sein werden, sich auf die Nutzung dieser Häfen für den Fall zu verlassen, dass die Allianz Europa verteidigen muss. Es ist zumindest nicht selbstverständlich, dass die chinesischen Eigentümer ihr erlauben werden, Schiffe in diesen Häfen aufzutanken, zu versorgen oder zu reparieren. Gerade die europäischen NATO-Partner sind sich dieser potenziellen Beschränkung zunehmend bewusst. Drittens beunruhigen die NATO Chinas Versuche, insbesondere europäische Positionen zu politischen Fragen zu beeinflussen und existierende Differenzen zwischen europäischen Ländern zu vertiefen, indem es die durch seine „Belt and Road Initiative“ (BRI) geschaffene wirtschaftliche Abhängigkeit nutzt. Viertens ist die Allianz über Pekings repressives Vorgehen und die Masseninternierung der uigurischen

Bevölkerung in der Provinz Xinjiang genauso besorgt wie, fünftens, über Chinas ambivalente Rolle bei der Klärung des Ausbruchs der COVID-Pandemie, die Milliarden von Euro und mehr als vier Millionen Menschenleben gekostet hat. Im engsten sicherheitspolitischen Sinne bereitet sechstens Chinas zunehmende Nähe zu Russland Sorgen – insbesondere vor allem die militärische Zusammenarbeit.

### China – eine militärische Bedrohung?

Es dürfte wenig verwundern, dass gerade der letzte Punkt im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der NATO steht. Bisher bleibt der Umfang der russisch-chinesischen militärischen Zusammenarbeit jedoch noch sehr begrenzt. Im Jahr 2015 schlossen sich drei Schiffe der chinesischen Marine der russischen Marine im östlichen Mittelmeer zu einer fünftägigen Marineübung an. Dies war das erste Mal, dass eine solche Übung zwischen den beiden Ländern



Übersichtskarte zu den verschiedenen Routen der „Neuen Seidenstraße“  
 Abbildung: picture-alliance/dpa-infografik/Mühlenbruch

stattfind. Im Jahr 2017 besuchten zudem ein chinesischer Zerstörer, eine Fregatte und ein Versorgungsschiff die russische Exklave Kaliningrad im Rahmen einer achttägigen Übung. Auch dies war das erste und bislang einzige Mal, dass eine solche Militärübung in der Ostsee stattfand. Ebenso ist die Zusammenarbeit bei den Landstreitkräften bislang überschaubar: Im Jahr 2018 erregte die Teilnahme Chinas an Russlands groß angelegter Militärübung Wostok-18 zwar erhebliche mediale Aufmerksamkeit. China stellte jedoch nicht mehr als 3.000 der 300.000 Soldaten, die an dem Manöver teilnahmen. Außerdem beschränkte sich Chinas militärische Präsenz während der Übung auf die Regionen östlich des Baikalsees.

Dabei sind es neben der angehenden militärischen Zusammenarbeit zwischen Russland und China vor allem wirtschaftliche und politische Herausforderungen, die sich aus Pekings Vorgehen im euro-atlantischen Raum ergeben. Chinas Wunsch, in Häfen und andere Infrastrukturen zu investieren, hat vor allem mit dem Ziel zu

tun, westliche Wirtschaftsprozesse zu beeinflussen, indem es, wenn auch schrittweise und subtil, eine Abhängigkeit einführt, von der China profitiert. Peking beweist dabei große Geduld und plant seinen Wettbewerb mit dem Westen auf lange Sicht. Chinesische Investitionen sollen ein Einflusspotential aufbauen, auf das zu einem späteren Zeitpunkt zurückgegriffen werden und das in der Zwischenzeit die demokratischen politischen Systeme anfälliger Nationen untergraben kann.

Pekings Politik, in wichtige europäische Häfen und technologische Infrastrukturen zu investieren und diese teilweise zu besitzen, erfordert vor allem eine wirtschaftliche oder politische Reaktion – etwas, für das die NATO nicht gut gerüstet ist. Die Allianz sollte vorsichtig sein, etwas anderes zu suggerieren und damit China ungewollt zu einer militärischen Bedrohung für den euro-atlantischen Raum zu überhöhen. Einzelne NATO-Mitgliedstaaten und vor allem die EU mit ihren jeweiligen politischen Kompetenzen verfügen über mehr Instrumente, um mit

einem außenpolitisch ambitionierten China umzugehen, als die NATO als Institution. Bis China eine militärische Bedrohung im Nordatlantikraum darstellen sollte, kann die NATO als Institution, die zum Zwecke der regionalen kollektiven Verteidigung geschaffen wurde, nur eine begrenzte, aber nicht unwichtige Rolle bei der Bewältigung der Pekinger Herausforderung spielen.

### Was tun?

Die NATO sollte ihre eigenen Möglichkeiten beim Umgang mit den nichtmilitärischen Bedrohungen Chinas realistisch einschätzen und stattdessen die Mitgliedstaaten dazu drängen, mehr außerhalb des NATO-Rahmens zu tun. Zwar sollten sich die politischen Entscheidungsträger der Mitgliedsstaaten weiterhin auf die Allianz verlassen können, um eine robuste konventionelle und nukleare Abschreckung zu erhalten, aber nur die nationalen Hauptstädte und in einigen Fällen die EU verfügen über die politischen und wirtschaftlichen Instrumente, um den von China ausgehenden wirtschaftlichen und politischen Bedrohungen zu begegnen.

Die Allianz sollte sich, zweitens, nicht ablenken lassen und die sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen sie steht, klar priorisieren. Angesichts des Einflusses, den China mit der BRI in Europa nimmt, der vermeintlichen Entstehung der COVID-19-Pandemie in China, der Masseninternierung der uigurischen Bevölkerung und der anhaltenden 5G-Debatte in Europa ist es keine Überraschung, dass China für viele westliche Politiker die zentrale Herausforderung in der internationalen Politik zu sein scheint. Für die NATO bleibt jedoch die aggressive und revisionistische Außenpolitik Russlands die unmittelbarste Bedrohung und als militärische Herausforderung eine derjenigen Aufgaben, für die sie vor über 70 Jahren geschaffen wurde und für die sie die entsprechenden Instrumente entwickelt hat. Während die NATO die russisch-chinesische militärische Zusammenarbeit durchaus aufmerksam verfolgen sollte, sollte kein Missverständnis darüber entstehen, dass Russland die größte Aufmerksamkeit genießt.<sup>10</sup> Alles andere wäre für eine Vielzahl von Mitgliedern auch nicht akzeptabel, würde einen Keil in die Allianz treiben und somit die notwendige innere Geschlossenheit gefährden.

10 Vgl. Sven Biscop: *Biden, NATO and the EU: Who deals with China, and who with Russia?*, <<https://www.egmontinstitute.be/biden-nato-and-the-eu-who-deals-with-china-and-who-with-russia/>> [Stand: 09.07.2021].

Gleiches gilt aber für die chinesische Herausforderung an sich – die NATO muss darauf achten, sich von dieser Frage nicht spalten zu lassen. Wie ausgeführt, gibt es bislang in der NATO eine vorsichtige, nahezu formelhafte Einigung darüber, welche Rolle die NATO gegebenenfalls im Umgang mit Peking spielen sollte. Vieles bleibt im Vagen, existierende Differenzen werden mit diplomatischen Floskeln überspielt und sind vor allem der Tatsache geschuldet, dass niemand die „Wiederentdeckung“ der NATO durch die Regierung von Präsident Biden gefährden möchte. In dem gleichen Maße, in dem die Einheit des Bündnisses angesichts der russischen Aggression von entscheidender Bedeutung ist, sollte die NATO vermeiden, sich in der China-Frage zu spalten.

Chinas Entwicklung als strategischer Akteur erzwingt auch eine Anpassung der Nuklearstrategie der NATO und wird erst einmal sicherstellen, dass die Allianz weiterhin ein nukleares Bündnis bleiben wird. China ist eine Atommacht mit strategischer Reichweite. Erst im Juni dieses Jahres sind Berichte bekannt geworden, denen zufolge China mit dem Bau von mehr als 100 neuen Silos für Interkontinentalraketen begonnen hat – eine Bautätigkeit, die eine bedeutende Erweiterung von Pekings nuklearen Fähigkeiten signalisieren könnte. Solange die Länder des euro-atlantischen Raums von irgendeinem Teil der Welt, einschließlich Asiens, einer nuklearen Bedrohung ausgesetzt sind, wird die NATO ein nukleares Bündnis bleiben. Zugleich sollten die Bestrebungen intensiviert werden, China in diesbezügliche Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen einzubeziehen.

Es erscheint angesichts der skizzierten internen Differenzen fraglich, ob die NATO eine eigene Militärstrategie für China formulieren wird. Sie sollte aber die Mitgliedstaaten ermutigen, ihre jeweiligen Strategiedokumente in Bezug auf China zu koordinieren. Denn für einige von ihnen ist China ein bedeutender Treiber der Außen- und Sicherheitspolitik. Dies gilt insbesondere für die USA und in geringerem Maße für Kanada, Frankreich und Großbritannien. Militärische Übungen im Indopazifik und Operationen zur freien Schifffahrt im Südchinesischen Meer sollten auf multilateraler oder bilateraler Ebene auf der Ebene der Mitgliedstaaten koordiniert werden. Hier sollten zusätzlich NATO-Partnerländer wie Australien, Finnland, Japan, Neuseeland, Schweden und Südkorea einbezogen werden.<sup>11</sup>

11 Vgl. dazu Francois Heisbourg: *NATO 4.0: The Atlantic Alliance and the Rise of China*, in: *Survival* 62 (2020), H. 2, S. 83–102, hier S. 96 f.





Militärfahrzeuge mit nuklearfähigen Interkontinentalraketen vom Typ DF-41 während einer Parade anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung der VR China auf dem Platz des Himmlischen Friedens am 1. Oktober 2019 in Peking  
Foto: picture alliance/dpa/MAXPPP

In diesem Zusammenhang müssten aber auch die Form und die Themen des direkten Austausches mit China selbst definiert werden. Ausgangspunkt ist hier, dass die Volksrepublik gewillt zu sein scheint, auf Dauer eine europäische Macht zu werden. Einige Vorschläge zu einem NATO-China-Dialog oder sogar einem permanenten NATO-China-Rat sind bereits unterbreitet worden. Das ist sicherlich verfrüht und in der Sache auch nicht pas-

send. Verdienstvoll wäre es einstweilen, die Koordinierung der chinapolitischen Strategiedebatten in der NATO und der EU in Gang zu bringen.<sup>12</sup> ▲

.....  
12 Vgl. Henning Riecke: Der nahe Ferne Osten: Die NATO braucht mehr als nur ein strategisches Selbstgespräch über China (BAKS-Arbeitspapiere 4 (2021)), Berlin 2021.



## Passend zum Thema

### Jürgen Kerwer/Angelika Röming (Hg.): Die Volksrepublik China – Partner und Rivale

Fünf namhafte Wissenschaftler\*innen führen in grundlegende Aspekte der Volksrepublik China ein: Matthias Stepan: Die Innenpolitik der Volksrepublik China, Kristin Shi-Kupfer: Gesellschaft in der Volksrepublik China, Jörn-Carsten Gottwald: Die Wirtschaft der Volksrepublik China, Dirk Schmidt: Die Außenpolitik der Volksrepublik China, Sarah Kirchberger: Militär und Sicherheitspolitik der Volksrepublik China. Die Beiträge sind wissenschaftlich fundiert und gleichzeitig flüssig zu lesen, sodass sie für einen großen Leser\*innenkreis geeignet sind.

Das Werk ist ab August in aktualisierter Auflage bei der BLZ erhältlich unter:  
[www.blz.bayern.de/publikationen-zur-politischen-bildungsarbeit.html](http://www.blz.bayern.de/publikationen-zur-politischen-bildungsarbeit.html)



## Impressum

Einsichten und Perspektiven  
hg. von der Bayerischen Landeszentrale  
für politische Bildungsarbeit  
Verantwortlich: Rupert Grübl, Monika Franz

Redaktion dieses Heftes: Monika Franz, Christina Gibbs, Markus Baar, Andreas Hesse

Titelbild: Im Pekinger Nationalstadion wird der Partei anlässlich des 100. Geburtstages gehuldigt, am Himmel explodiert ein ausuferndes Feuerwerk. Foto: Lintao Zhang/Getty Images

Gestaltung: MUMBECK – Agentur für Werbung GmbH, Schlieffenstraße 60, Wuppertal

Druck: Aumüller Druck GmbH & Co. KG, München/Regensburg

Die Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Die Landeszentrale konnte die Urheberrechte ggf. nicht bei allen Bildern dieser Ausgabe ermitteln. Sie ist aber bereit, glaubhaft gemachte Ansprüche nachträglich zu honorieren. Die Redaktion trägt der gesellschaftlichen Diskussion über geschlechter- bzw. gendergerechte Sprache Rechnung, indem die Schreibweisen der Texte variieren.

Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit  
Englschalkinger Str. 12  
81925 München  
Telefon: 089 9541154-00  
Fax: 089 9541154-99  
landeszentrale@blz.bayern.de  
www.blz.bayern.de

BLZ AUF SOCIAL  
MEDIA

